



Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten **Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Manfred Eibl, Rainer Ludwig, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer, Susann Enders, Dr. Hubert Faltermeier, Hans Friedl, Tobias Gotthardt, Eva Gottstein, Wolfgang Hauber, Johann Häusler, Dr. Leopold Herz, Alexander Hold, Nikolaus Kraus, Gerald Pittner, Bernhard Pohl, Kerstin Radler, Robert Riedl, Gabi Schmidt, Jutta Widmann, Benno Zierer und Fraktion (FREIE WÄHLER),**

Thomas Kreuzer, Tobias Reiß, Prof. Dr. Winfried Bausback, Alexander König, Tanja Schorer-Dremel, Jürgen Baumgärtner, Eric Beißwenger, Kerstin Schreyer, Volker Bauer, Gerhard Eck, Alexander Flierl, Jochen Kohler, Dr. Petra Loibl, Benjamin Miskowitsch, Martin Mittag, Walter Nussel, Hans Ritt, Josef Schmid, Angelika Schorer, Thorsten Schwab, Klaus Steiner, Klaus Stöttner, Steffen Vogel, Martin Wagle und Fraktion (CSU)

Drs. 18/23244, 18/24789

Kein Verbot der Neuzulassung von Verbrennungsmotoren

Der Landtag stellt fest, dass in Bayern eine sehr hohe, über lange Jahre aufgebaute Technologiekompetenz im Bereich der Verbrennungsmotoren vorhanden ist. Hierfür wurden in großem Umfang private und öffentliche Mittel für Forschung und Entwicklung aufgewandt. Außerdem wurden insbesondere in den letzten Jahren erhebliche Fortschritte im Bereich der Herstellung klimaneutraler synthetischer Kraftstoffe erzielt und es werden weiterhin erhebliche Investitionen in diesem Bereich getätigt. Es ist notwendig, hierfür langfristige Investitionssicherheit zu schaffen und das für die bayerische Wirtschaft zentrale Know-how weiter auf höchstem Niveau im Land zu halten. Außerdem stellen Fahrzeuge mit Verbrennungsmotoren im Flächenland Bayern einen wertvollen Beitrag zur Gewährleistung einer flächendeckenden Mobilität der Bevölkerung dar.

Die Staatsregierung wird aufgefordert, sich auf Bundesebene dafür einzusetzen, dass sich die Bundesregierung auf europäischer Ebene dafür einsetzt, den Beschluss des EU-Parlaments, ab 2035 keine neuen PKW und leichten Nutzfahrzeuge mit Verbrennungsmotor mehr zuzulassen, nicht umzusetzen. Eine ideologisch motivierte, einseitige Technologieauswahl für Antriebstechnologien ist konsequent abzulehnen. Anstatt dessen soll auf technologie neutrale, europaweit abgestimmte und langfristig zuverlässige marktwirtschaftliche Rahmenbedingungen gesetzt werden. Diese sollen es den Marktteilnehmern ermöglichen, für jeden Anwendungsfall die individuell beste Antriebsart einzusetzen. In jedem Fall darf eine schrittweise Reduktion des Einsatzes von Verbrennungsmotoren nur im Gleichklang mit dem Aufbau der notwendigen Ladeinfrastruktur für E-Fahrzeuge erfolgen. Hierzu ist es auch notwendig, dass der Bund weiterhin den Aufbau einer flächendeckenden Ladeinfrastruktur national unterstützt, aber sich hierbei

auch für ein europaweit abgestimmtes Vorgehen einsetzt, damit auch die grenzüberschreitende Mobilität dauerhaft gesichert wird. Mit einer Diversifizierung der Antriebsarten sollen auch langfristig die Exportchancen der Mobilitätswirtschaft gesichert werden.

Die Präsidentin

I.V.

Karl Freller

I. Vizepräsident